

Viel Lärm um wenig

Der Gipfel in Heiligendamm konnte gar nicht alle Erwartungen an ihn erfüllen. Das Kosovo-Problem und der Raketenstreit zwischen den USA und Russland sollten gelöst werden und man wollte einen großen Schritt zur Rettung des Klimas tun. Afrika sollte mehr geholfen, die Heuschrecken in Form von Hedge Fonds sollten stärker kontrolliert und die Doha-Runde sollte wiederbelebt werden. Fürwahr ein ehrgeiziges Programm, mit dem sich die deutsche Regierung aus der G8-Präsidentschaft verabschieden wollte. Natürlich konnte das nicht alles gelingen, wenn auch die deutsche Kanzlerin tapfer behauptet, in wichtigen Fragen einen Durchbruch erzielt oder mindestens den Weg für die Lösung aufgezeigt zu haben.

Lange sind die Zeiten vorbei, in denen man im kleinen Kreise zusammenkam, um die wirtschaftlichen Probleme der Welt zu diskutieren. Helmut Schmidt, der die Treffen mit aus der Taufe gehoben hat, wies denn auch zu Recht darauf hin, dass konkrete Ergebnisse angesichts der Dimensionen, die diese Treffen mittlerweile haben, kaum noch zu erzielen sind. Das hat nicht nur mit der massiven Präsenz von Journalisten und Protestierern zu tun, sondern auch mit einer immer längeren Themenliste und damit, dass nicht alle wichtigen Staaten am Tisch versammelt sind. Der Vorteil einer breiten Agenda ist natürlich, dass jeder das ihm passende Ergebnis hervorheben kann. Schließlich dienen solche Treffen auch immer der innenpolitischen Darstellung, und so ist sicher für Präsident Putin das wichtigste Ergebnis, wie mit Demonstranten umgegangen wurde. Hierauf hat er verwiesen, als man ihm zu hartes Vorgehen gegen Andersdenkende und eine Beschneidung des Demonstrationsrechts vorwarf. Neben den Ausschreitungen, die Heiligendamm gekennzeichnet haben, ist dies aber vor allem der Gipfel der (vorerst) leeren Versprechen.

Das wird offenbar, wenn man sich die Ergebnisse in der Klimapolitik anschaut. Sie sind wohl vor allem der Tatsache geschuldet, dass sich Präsident Bush in seiner Position deutlich isoliert hatte. Unabhängig von der Berechtigung der Forderungen nach einem massiven Politikwechsel war angesichts der momentan herrschenden Hysterie bezüglich des Klimas auch Bush klar, dass sich die USA würden bewegen müssen. Der gefundene Kompromiss ist aber nur ein Feigenblatt. Nicht nur gibt es keine verbindliche Festlegung einzelner Länder, bis wann sie wie viel reduzieren wollen, sondern auch das Basisjahr, mit dem verglichen werden soll, ist unklar und wird von Land zu Land ein anderes sein. Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass die meisten Staaten ihre Ziele so wählen werden, dass sie diese ohne große Bemühungen erreichen können. Ob der Klimaprozess wie beschlossen in Bali vorankommen wird, bleibt abzuwarten. Skepsis scheint angebracht.

Das hat vor allem auch damit zu tun, dass China und andere schnell wachsenden Schwellenländer wie Indien und Brasilien sich weigern, ebenfalls ernsthaft in die Klimapolitik einzusteigen. Ihre Haltung ist zwar verständlich, aber viel Sinn macht es nicht, darauf zu bestehen, Fehler der „Reichen“ wiederholen zu dürfen. Dies vor allem dann nicht, wenn man selber von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen ist. Angesichts der Naturkatastrophen, die auch und vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer heimsuchen, ist das kurzfristig und ausgesprochen zynisch. Aber ganz offenbar ist der Druck, das Wachstum nicht zu beschränken, um die drohenden sozialen Probleme aus Armut und Migration abfedern zu können, wichtiger als die Sicherung der Umwelt. Da jedoch die USA dieselbe Strategie verfolgen, muss man über diese Position nicht überrascht sein.



Carsten Hefeker

Begrüßenswert ist der Beschluss, weitere Länder in Zukunft regelmäßig an den Treffen teilnehmen zu lassen. So sollen in Zukunft die so genannten O 5 („Out-reach 5“) Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika an den Treffen der G8 teilnehmen. Das ist längst überfällig. Noch mehr zu begrüßen wäre es allerdings, wenn sich die reichen Staaten ihrer verringerten Rolle bewusst würden und sich vor allem die EU-Mitgliedsländer nur noch durch den Kommissionspräsidenten und die Ratspräsidentschaft vertreten ließe. Das würde Platz schaffen für weitere Schwellenländer und dennoch das Gremium überschaubar halten. Warum aber Kanada, Italien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien einzeln dabei sein müssen, erschließt sich wohl nur den jeweiligen Regierungen. Wie auch in anderen Gremien, z.B. der Weltbank und dem IWF, laufen die G8 Gefahr sich selbst zu isolieren, wenn sie die berechtigten Ansprüche der Schwellenländer missachten. Sie sind nicht mehr allein die wichtigsten Volkswirtschaften der Welt und müssen sich nicht wundern, wenn diese selbstbewussten und schnell wachsenden Staaten mitreden wollen. Die Lösung globaler Probleme wird überdies nicht ohne die Schwellenländer funktionieren können. Das muss man akzeptieren und sie in die Entscheidungen einbinden.

Gescheitert ist auch der Vorstoß des deutschen Finanzministers, künftig Hedge Fonds stärker zu regulieren. Sie werden nicht wie geplant ihre Bücher öffnen müssen, stattdessen sollen große Investoren wie Banken ihr Engagement bei Hedge Fonds anzeigen. Die Weigerung der USA und Großbritanniens hat hier, wenn auch sicher zum Teil aus eigennützigen Motiven, zu einem begrüßenswerten Ergebnis geführt. Abgesehen davon, dass sich Hedge Fonds allenfalls nur weltweit regulieren lassen, und die G8 das nicht allein leisten können, spricht auch nicht unbedingt sehr viel für eine Regulierung. Nach wie vor sind sie vor allem Vehikel für wohlhabende und institutionelle Investoren, die nicht unbedingt den Schutz des Gesetzgebers brauchen, um ihre Einlagen zu schützen. Wenn sich Banken übermäßig engagieren und zu stark bei ihren Anlagen exponieren, mag dabei auch eine Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems entstehen. Aber Regeln für Banken und andere große Kapitalsammelstellen existieren bereits, und sich lediglich auf Hedge Fonds als Gefahrenquelle zu konzentrieren, führt allenfalls zu einem Gefühl der trügerischen Sicherheit. Manchmal ist weniger eben mehr.

Ziemlich beschämend ist schließlich das Ergebnis, das für Afrika erzielt worden ist. Auch hier kann man sich fragen, ob die Erhöhung der Mittel allein etwas für Afrika bewirken würde; Skepsis ist angebracht. Die Schwüre in Heiligendamm, die Unterstützung für die Bekämpfung von Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und Aids hochfahren zu wollen, sind nicht sehr glaubwürdig. Obwohl nicht einmal die Zusagen von Gleneagles bislang eingehalten wurden, legte man nach. Wiederum verspricht man eine Aufstockung der Mittel, unterschlägt aber dabei, dass hier schon zugesagte Mittel nochmals gezählt werden und dass dies die gesamten Ausgaben kaum erhöhen wird, weil die Mittel anderswo in der Entwicklungszusammenarbeit eingespart werden sollen. Das ist vor allem Kosmetik. Schlimmer noch, die zugesagte Erhöhung der Anteile der Entwicklungshilfe am Volkseinkommen wird wiederum nicht erreicht, da die Mittel weniger stark ansteigen als das Wachstum der Volkswirtschaften. Von den zugesagten 0,31 % am BIP entfernt man sich weiter, ganz zu schweigen von den von der UNO geforderten 0,7%. Bono, Geldof und Grönemeyer mögen sich medienwirksam engagiert haben, doch außer interessanten Fototerminen mit Politikern ist auch dabei nicht viel herausgekommen.

*Carsten Hefeker ist Inhaber des Lehrstuhls für
Europäische Wirtschaftspolitik der Universität Siegen.*